

Kapitel

Initiator*innen: Jahreshauptversammlung (dort beschlossen am: 03.05.2025)

Titel: Sicherheit

Text

1 Dortmund ist eine Stadt voller Leben, voller Menschen, Begegnungen und
2 öffentlicher Räume. Damit dieses Zusammenleben gelingt, braucht es das Gefühl
3 von Sicherheit – tagsüber auf dem Weg zur Schule, abends auf dem Heimweg, immer
4 auf allen Wegen. Doch Sicherheit bedeutet für unterschiedliche Menschen
5 Unterschiedliches. Während manche bestimmte Orte als lebendig erleben, bedeuten
6 diese für andere Stress, Ausschluss oder sogar Angst.

7 Wir glauben an ein Sicherheitsverständnis, das die Vielfalt Dortmunds ernst
8 nimmt. Eine Stadt ist dann sicher, wenn sich alle in ihr sicher fühlen,
9 unabhängig davon, woher sie kommen, wie sie aussehen oder wie sie leben.
10 Sicherheit beginnt nicht erst mit Blaulicht, sondern mit guter Beleuchtung,
11 erreichbaren Ansprechpartner*innen, respektvollem Umgang und verlässlicher
12 Unterstützung im Alltag.

13 Dafür braucht es eine Polizei, die bürger*innennah und transparent arbeitet,
14 einen Ordnungsdienst, der sensibel hilft und unterstützt, und kommunale
15 Strukturen, die Schutz bieten, ohne zu stigmatisieren. Es braucht Schutzräume
16 genauso wie Vertrauen, Ansprechbarkeit genauso wie klare Haltung gegen Gewalt.
17 Dortmund hat in vielen Bereichen bereits wichtige Schritte getan, jetzt geht es
18 darum, die nächsten zu gehen. Mit Blick auf soziale Realitäten. Mit einem Ohr
19 für Betroffene. Und mit dem Ziel, dass alle Menschen diese Stadt als ihren
20 sicheren Ort erleben können.

21 **Für bürger*innennahe Polizei und Ordnungskräfte**

22 Wir wollen eine Stadt, in der sich alle Menschen frei, ungezwungen und
23 gleichzeitig sicher bewegen können. Dazu ist eine bürger*innennahe Polizei
24 notwendig, die alle Menschen fair und respektvoll behandelt. Wir sehen und
25 begrüßen den Weg, den die Dortmunder Polizei hin zu einer diskriminierungsfreien
26 Polizeiarbeit angestoßen hat, hören aber auch weiterhin die Erfahrungen von
27 Menschen aus von Diskriminierungen betroffenen Gruppen.

28 Wir werden

- 29 • regelmäßige Streifen einer bürger*innennahen Polizei und des kommunalen
30 Ordnungsdienstes (KOD) einsetzen, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung
31 zu stärken und Rechtsverstöße durch schnelles und regelmäßiges
32 Einschreiten zu verhindern.

- 33 • die kommunale Ordnungspartnerschaft wieder vermehrt einsetzen, da
34 paritätisch besetzte Streifen aus Polizei und Ordnungsamt zu einer höheren
35 Sicherheit und einem erhöhten Sicherheitsgefühl beitragen.

- 36 • die Einrichtung einer unabhängigen, kommunalen Beschwerdestelle anstreben,
37 die Beschwerden zum Verhalten von Polizei und Ordnungsbehörden vertraulich
38 mit den Behörden bespricht, Beratung bei möglichen Rechtsverstößen
39 anbietet und das Vertrauen in die Ordnungsbehörden und Polizei stärkt.

- 40 • uns dafür einsetzen, dass sich die Stadt auf Landesebene dafür stark
41 macht, das Elektro-Taser-Modellprojekt in Dortmund zu stoppen.

- 42 • Videobeobachtung und Videoüberwachung im öffentlichen Raum nicht weiter
43 ausbauen und zurückbauen, da sie zu Stigmatisierung und
44 Verdrängungseffekten führen, ohne die eigentlichen Probleme zu lösen und
45 gleichzeitig in persönliche Freiheitsrechte eingreifen.

- 46 • die Digitalisierung der Leitstelle des Außendienstes des KOD weiter
47 vorantreiben, um Effizienz zu steigern, bevor noch mehr Personal aus den
48 knappen städtischen Mittel geschaffen werden muss.

- 49 • uns dafür einsetzen, dass die politische Beteiligung bei Entscheidungen

50 zur Aufgabenwahrnehmung, zu inhaltlichen Schwerpunkten und zu den
51 Einsatzgebieten des Ordnungsdienstes erhöht wird.

- 52 • darauf hinwirken, dass Mitarbeitende des Ordnungsdienstes und andere
53 Einsatzkräfte vor verbalen und körperlichen Angriffen geschützt werden und
54 bei Anzeigeverfahren beraten werden, zum Beispiel durch ein Meldesystem
55 und die Verstetigung der von den GRÜNEN initiierten kommunale Fachstelle
56 "Gewalt gegen Rettungs- und Ordnungskräfte".

57 **Für Awareness bei Ordnungsbehörden**

58 Die Ordnungsbehörden der Stadt haben den Auftrag, für die Sicherheit von allen
59 Menschen in Dortmund zu sorgen. Insbesondere für von Diskriminierung betroffene
60 Gruppen wird diese Sicherheit nicht immer vermittelt. Wir streben mehr Austausch
61 und kooperative Formate zwischen Interessenvertretungen und Ordnungsbehörden an.
62 Von einem erhöhten Sicherheitsgefühl diskriminierter Gruppen profitieren auch
63 die Ordnungsbehörden selbst, weil das Vertrauen ihnen gegenüber gestärkt wird.
64 Denn nahbare und ansprechbare Ordnungskräfte stärken das Sicherheitsgefühl aller
65 gesellschaftlichen Gruppen.

66 **Wir werden**

- 67 • alle Mitarbeitenden des städtischen Außendienstes (u.a. kommunaler
68 Ordnungsdienst) im Umgang mit vulnerablen und von Diskriminierung
69 betroffenen Gruppen geschult werden und dabei Interessenvertretungen
70 dieser Gruppen beteiligen.
- 71 • alle Mitarbeitenden des städtischen Außendienstes im Umgang mit psychisch
72 kranken Personen sowie Personen in psychischen Ausnahmesituationen
73 schulen.
- 74 • insbesondere Kontrollen und Ordnungsmaßnahmen nicht aufgrund von
75 bestimmten äußeren (zum Beispiel ethnischen oder religiösen) Merkmalen
76 verstärkt werden (Racial Profiling) und die Einführung von Kontroll-
77 Quittungen wie in Bremen prüfen.
- 78 • die optische Angleichung von Ordnungsamt an die Polizei rückgängig machen,

- 79 da sie für den Großteil der Bürger*innen kaum mehr zu unterscheiden sind
80 und dadurch die unterschiedlichen Aufträge der Behörden sowohl optisch,
81 aber auch im Auftreten, nicht mehr trennbar sind.
- 82 • regelmäßige externe Evaluation von polizeilichen und ordnungsbehördlichen
83 Maßnahmen durchführen um Rassismus und Diskriminierung systematisch zu
84 erkennen und zu bekämpfen.

 - 85 • durch diese Evaluation und durch weitere Maßnahmen eine sichtbare
86 Fehlerkultur innerhalb der Behörden etablieren.

 - 87 • ein Gremium im Rahmen der Umsetzung des Masterplans Kommunale Sicherheit
88 2.0 zur Beratung von Konfliktthemen im Bereich der Obdach- und
89 Wohnungslosigkeit und Drogenkonsum schaffen, das Politik,
90 Ordnungsbehörden, Beratungsstellen, Interessenvertretungen der Betroffenen
91 und der Händler*innen und weitere Beteiligte einbindet.

 - 92 • die Ausrüstung vom Ordnungsamt mit einem Schlagstock (sog.
93 „Einsatzmehrzweckstock“) beenden, bis dahin den Einsatz kritisch
94 evaluieren, insbesondere durch transparente, regelmäßige Berichte zum
95 Einsatz im zuständigen Ausschuss (Berichtspflicht), und klarere
96 Einsatzregeln (Dienstvorschriften) schaffen und entsprechende Schulungen
97 vertiefen.

 - 98 • den Einsatz von Schulterkameras („Bodycams“) bei kommunalen Ordnungsdienst
99 nach dem Modellprojekt kritisch evaluieren.

 - 100 • prüfen, ob der kommunale Ordnungsdienst die Bodycams stets bei bestimmten
101 Ordnungsvergehen (z. B. Erteilung von Platzverweisen) oder Handlungen (z.
102 B. Ziehen des Schlagstocks) eingeschaltet haben muss.

 - 103 • uns für eine diversere Ordnungsbehörde einsetzen, die gesellschaftliche
104 Breite bei Besetzungsverfahren stärker abbildet.

105 **Für den Schutz aller Menschen**

106 Nur wer sich sicher fühlt, kann sich wohlfühlen! Das erreichen wir durch den
107 Abbau von Angsträumen, mehr Aufenthaltsqualität, niederschwellige
108 Ansprechpartner*innen und gute Schutzkonzepte.

109 Damit sich in Dortmund alle Menschen wohlfühlen können, werden wir

- 110 • die subjektive Sicherheit durch ein höhere Aufenthaltsqualität
111 öffentlicher Plätze und Räume erhöhen.

- 112 • die Ergebnisse der in den letzten Jahren mit gelosten Bürger*innen
113 durchgeführten Quartierslabore bezüglich des Abbaus von subjektiv
114 bedrohlichen Orten umsetzen.

- 115 • die Dortmund App für Meldungen technischer Störungen (defekte Aufzüge,
116 Beleuchtung usw.) weiterentwickeln.

- 117 • das Erfolgsmodell der Dortmund Guides ausbauen und durch deren Präsenz die
118 subjektive Sicherheit steigern, ohne dass sie ein Teil der
119 Ordnungsbehörden sind.

- 120 • eine Räumlichkeit in der Innenstadt als zentrale Anlaufstelle der Dortmund
121 Guides einrichten, die durch nächtliche Öffnungszeiten gleichzeitig als
122 Schutzraum im Nachtleben dient.

- 123 • bei städtischen Großevents gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen
124 Beratungsstellen und der Polizei eine Anlaufstelle anbieten, die auch als
125 Schutzraum genutzt werden kann.

- 126 • niederschwellige Schutzkonzepte (nach dem Beispiel von „Luisa ist hier“
127 oder „Wo geht's hier nach Panama?“) bei allen städtischen Veranstaltungen
128 und Veranstaltungen in städtischen Einrichtungen einführen .

- 129 • für diese Schutzkonzepte auch privater Gastronomie und Kultureinrichtungen
130 Kampagnenmaterial anbieten.
- 131 • die Möglichkeit der Mitwirkung von zivilgesellschaftlichen
132 Beratungsstellen an diesen Maßnahmen durch personelle Verstärkung
133 sicherstellen.
- 134 • uns dafür einsetzen, dass sich alle Menschen in unser Stadt sicherfühlen
135 können - egal ob Familien beim Einkaufen, obdachlose Person auf dem
136 Hellweg oder Freund*innen auf dem Heimweg von der Kneipe - und dass
137 Menschen in schwierigen Lebenslagen nach dem Ansatz Prävention und Hilfe
138 statt Repression und Verdrängung unterstützt werden.
- 139 • uns gegen Abzäunungen einsetzen, zum Beispiel indem wir den Platz von
140 Amiens wieder öffnen.
- 141 • eine Fördermaßnahme für Vereine und Initiativen einführen, die sich aktiv
142 an der Umsetzung und Weiterentwicklung jeglicher Anti-Messer-Kampagnen
143 beteiligen, um lokale Akteure zu unterstützen, die mit innovativen
144 Projekten und Maßnahmen zur Gewaltprävention beitragen und die Kampagnen
145 vor Ort weitertragen.
- 146 • eine Präventionskampagne gegen das Tragen von Messern in Schulen,
147 Jugendzentren und Vereinen in Dortmund initiieren, um durch Aufklärung,
148 Sensibilisierung und konkrete Angebote zur Gewaltprävention von
149 Sozialarbeiter*innen junge Menschen frühzeitig zu erreichen und ein klares
150 Zeichen für ein sicheres, gewaltfreies Miteinander zu setzen.

151 **Für starke Feuerwehr und Katastrophenschutz**

152 Die Feuerwehr, der Rettungsdienst und der Katastrophenschutz in Dortmund sind
153 gut aufgestellt, was insbesondere dem hohen Engagement der haupt- und
154 ehrenamtlichen Akteurinnen zu verdanken ist. Absehbar werden aber die
155 Anforderungen an Feuerwehr und Katastrophenschutz durch die Folgen des
156 Klimawandels und aufgrund der alternden Gesellschaft weiter steigen.

157 Um Dortmund darauf vorzubereiten, werden wir

- 158 • weiter das Ziel verfolgen, dass der Rettungsdienst in Notfällen den
159 Einsatzort innerhalb der vom Rat der Stadt Dortmund festgelegten
160 Schutzziele erreicht.

- 161 • die intelligente Verkehrssteuerung auch für Rettungskräfte nutzen, zum
162 Beispiel eine grüne Welle für Feuerwehr und Rettungsdienst.

- 163 • uns ergänzend zu den Katastrophenwarnsystemen des Bundes für eine
164 transparente und umfassende Information der Dortmunder*innen im
165 Gefahrenfall einsetzen, wobei die bisherigen Möglichkeiten insbesondere
166 auf Mehrsprachigkeit und Barrierefreiheit überprüft und ergänzt werden
167 müssen, zum Beispiel bei der Nutzung von Cell Broadcast.

- 168 • den bestehenden Dortmunder Pandemieplan von 2012 auf Basis der Erfahrungen
169 der Corona-Pandemie aktualisieren.

- 170 • den Schutz vor den Klimafolgen wie Hitzeperioden und Trockenheit, aber
171 auch Starkregen mit Überschwemmungen durch Infrastruktur und mit den
172 notwendigen finanziellen Mitteln stärken.

- 173 • das Engagement von Feuerwehr und Hilfsorganisationen bei der Gewinnung
174 neuer Mitglieder wie mit dem von uns angestoßenen Recruiting-Konzept für
175 die Feuerwehr weiter unterstützen, insbesondere auch von Dortmunder*innen
176 mit Migrationsgeschichte.

- 177 • die Feuerwehr bei der Nachwuchsförderung und der Jugendarbeit der
178 Jugendfeuerwehr unterstützen.

- 179 • auch die Nachwuchsförderung beim THW, DRK und weiteren
180 Blaulichtorganisationen durch die Unterstützung der Jugendorganisationen
181 stärken.

- 182 • uns für den Schutz von Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen bei den
183 Rettungskräften vor verbalen und körperlichen Angriffen einsetzen und ein

184 Meldesystem sowie eine Beratung zu Anzeigeverfahren einführen.

- 185
- die von uns initiierte kommunale Fachstelle "Gewalt gegen Rettungs- und
- 186 Ordnungskräfte" weiter ausbauen.